

ALLGEMEINES

Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen. Mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin gab das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Startsignal für die nationalen Aktivitäten des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012. Das Europäische Jahr zielt darauf, die Potenziale älterer Menschen angemessen wahrzunehmen und für die Gesellschaft fruchtbar zu machen. Dazu bedarf es eines Altersbildes, das die Stärken älterer Menschen betont und dazu beiträgt, dass diese ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten können. Auch in der Arbeitswelt gilt es, die Erfahrungen älterer Beschäftigter stärker zu nutzen. Leistungsfähigkeit, Kreativität und Innovationskraft sind auch jenseits der Lebensmitte vorhanden. Das Europäische Jahr 2012 geht auf einen Beschluss von Ministerrat und Europäischem Parlament zurück. Das nationale Arbeitsprogramm umfasst 46 Projekte zu den Themen Teilhabe älterer Menschen in Arbeitswelt und Zivilgesellschaft, Abbau altersbezogener Klischees, Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen, Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und Generationen solidarität. Die Bundesregierung stellt für die Aktivitäten insgesamt 890 000 Euro zur Verfügung. Weitere Informationen können im Internet unter www.bmfsfj.de sowie www.ej2012.de abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 6.2.2012

Lebensqualität durch Kreativität. Deutliche Kritik an der Ausrichtung der Politik auf das Wirtschaftswachstum übte die US-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum im Dezember vergangenen Jahres vor der Enquêtekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Aus Sicht der Wissenschaftlerin aus Chicago sagt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Messgröße für gesellschaftliches und individuelles Wohlergehen zu wenig über den wahren Reichtum eines Staates aus. Entscheidend für die Ermittlung des Wohlstandsniveaus einer Nation sei vielmehr, welche Möglichkeiten sich den Bürgern für ein aktives und kreatives Schaffen bieten – was Nussbaum im sogenannten „Fähigkeitenansatz“ (capability approach) zusammenfasste. Im Kern kommt es für die US-Philosophin darauf an, die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, ihre persönlichen Potenziale zu verwirklichen. Als wesentliche Voraussetzungen nannte sie den Zugang zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen, eine berufliche Beschäftigung und die Chance zur politischen Teilhabe. Die Enquêtekommission, der 17 Abgeordnete und 17 Wissenschaftler angehören, soll das rein ökonomisch und quantitativ ausgerichtete BIP als Messgröße für gesellschaftliches Wohlergehen weiterentwickeln und etwa um ökologische, soziale und kulturelle Kriterien ergänzen. Quelle: Brand Aktuell vom 27.1.2012

Aufwandsentschädigung und Steuerfreibetrag für Ehrenamtliche. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages spricht sich für eine Verbesserung der Aufwandsentschädigung sowie des Steuerfreibetrages für ehrenamtliche Betreuer „im Rahmen des finanziell Machbaren“ aus. Die Abgeordneten beschlossen einstimmig, eine dahingehende Petition dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Bundesfinanzministerium als Material zu überweisen und den Fraktionen des Bundestages zur Kenntnis zu geben. Derzeit haben ehrenamtlich Betreuende die Wahl zwischen dem konkret im Einzelnen zu berechnenden Aufwendungssatz oder einer pauschalen Aufwandsentschädigung. Diese beträgt seit dem 1. Juli 2004 323 Euro pro Jahr. Bis zu einer Höhe von 500 Euro ist die Aufwandsentschädigung steuerfrei. Quelle: Heute im Bundestag vom 8.2.2012

Netzwerktreffen Migration und Entwicklung. Die Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ hat eine Dokumentation über das erste Netzwerktreffen „Migration und Entwicklung“, das im Mai 2011 in Frankfurt am Main stattfand, veröffentlicht. Die Organisatoren wollen die fachlichen und persönlichen Kompetenzen und Potenziale von Migrantinnen und Migranten besser nutzbar machen. Im Bericht werden Praxisbeispiele ihres Engagements vorgestellt und die Wechselwirkungen zwischen entwicklungspolitischem Engagement und Integration dargelegt. Ein zweites Treffen fand im Februar 2012 in Hannover statt, weitere Netzwerktreffen sind geplant. Der Bericht ist im Internet unter der URL www.service-eine-welt.de abrufbar. Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städetages 10/2011

Social Media für NGOs. Werkzeuge, Kampagnen und Fundraising 2.0. Ein Leitfaden. Zweite Auflage. Agentur N.E.S.T. und andere. Berlin 2011, 94 S., EUR 6,90
DZI-E-0110

Dieser Leitfaden gibt eine Übersicht über den Einsatz der „klassischen“ und der neueren Instrumente im Internet. Die Website hat weiterhin die Funktion eines Ankers in der Netzkomunikation. Es gibt kaum noch Non-Profit-Organisationen, die nicht im Internet aktiv sind. Doch die Intensität der Nutzung und die strategische Einbindung in die Kommunikation sind unterschiedlich. Wie kann ziel führend vorgegangen werden, um die Möglichkeiten des Internets für die Kommunikation zu nutzen? Ohne Ziele und eine abgestimmte Strategie geht es nicht. Mit dieser Publikation möchten die Autoren Hilfe zur Selbsthilfe leisten und damit den Lernprozess in den Organisationen unterstützen. Bestellanschrift: N.E.S.T. Social Media Agentur UG, Kopenhagener Straße 40, 1037 Berlin.

Mehr Verantwortung im Netz. Weltweit wurde am 7. Februar der Safer Internet Day veranstaltet. Aus diesem Anlass riefen das Bundesministerium für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend und die EU-Initiative klicksafe zu mehr Verantwortung beim Umgang mit digitalen Medien auf. In Deutschland beteiligten sich mehr als 150 Institutionen, Schulen und Unternehmen mit eigenen Aktivitäten und Events am Aktionstag für Sicherheit im Internet. Initiiert und koordiniert wurde der Safer Internet Day hierzulande von der EU-Initiative klicksafe, die von den Landesmedienanstalten aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) und der Landesanstalt für Medien (LfM) getragen wird. Ein wichtiger Aspekt ist, das Internet auch in der Familie zum Thema zu machen, denn hier besteht offensichtlich Nachholbedarf. Bezogen auf generelle Fragen zur Medienerziehung ihrer Kinder schätzen sich 79 % der Eltern als wenig oder überhaupt nicht kompetent und nur 21 % als sehr kompetent ein, so ein Ergebnis der jetzt erstmals vorgestellten FIM-Studie (Familie, Interaktion & Medien) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest und des SWR, in der untersucht wurde, wie Familien hierzulande mit Medien umgehen und miteinander darüber kommunizieren. Nähere Informationen sind im Netz unter www.klicksafe.de/sid abrufbar. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 7.2.2012

Anrechnungszeiten geändert. Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz war der schrittweise Wegfall der rentensteigernden Bewertung von Schul- und Hochschulbesuchszeiten bis zum Jahr 2009 beschlossen worden. Danach spielen diese Zeiten nur noch bei der Erfüllung der Mindestversicherungszeiten, den sogenannten Wartezeiten eine Rolle. Fachschulzeiten und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen werden hingegen weiterhin rentensteigernd bewertet. Gegen diese Änderung sind zurzeit vier Klagen beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) empfiehlt, bis zum Ausgang des Verfahrens vorsorglich Rechtsmittel gegen die Nichtberücksichtigung der Ausbildungszeiten einzulegen. Quelle: Soziales im Blick 2/2012

SOZIALES

Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt zu ratifizieren und zu unterzeichnen. Das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wurde 2008 verabschiedet und ermöglicht laut Antrag unter anderem ein Verfahren, mit dem Einzelpersonen beim zuständigen UN-Ausschuss Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre im UN-Sozialpakt garantierten Rechte verletzt sehen. Deutschland schade seinem internationalen Ansehen, sollte sich die Ratifizierung weiter hinauszögern, warnt die Fraktion. Quelle: Heute im Bundestag vom 2.2.2012

Eingliederungshilfe gestiegen. Das Statistische Bundesamt hat im Dezember 2011 einen neuen Bericht zur Statistik der Sozialhilfe herausgegeben, der die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Jahr 2009 beleuchtet. Der Bericht stellt fest, dass die Zahl der Hilfeempfänger und -empfängerinnen konstant ansteigt, gleiches gilt auch für den Etat der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands haben sich die Bruttoausgaben hierfür mehr als verdreifacht (+ 227 %). Die Zunahme der Ausgaben wird besonders daran deutlich, dass die Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 1963 rund 5 % der Sozialhilfeausgaben ausmachten, während es 2009 insgesamt 58 % waren. Der vollständige Bericht kann von der Internetseite des Statistischen Bundesamtes www.destatis.de heruntergeladen werden. Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Städte- und Gemeindetages vom 30.1.2012

Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns. Von Oliver Ehrentraut und anderen. Hrsg. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2011, 32 S., kostenlos *DZI-E-0039* Im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Staaten wie beispielsweise Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Spanien gibt es in Deutschland trotz einzelner branchenspezifischer Übereinkünfte bisher keinen gesetzlich definierten, flächendeckenden Mindestlohn. Aus diesem Grund beauftragte die Friedrich-Ebert-Stiftung die Prognos AG mit einer Expertise zu den möglichen Auswirkungen einer Lohnuntergrenze auf den Staatshaushalt und die sozialen Transfer- und Sicherungssysteme. Die hier vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein Minimalsatz von 8,50 Euro pro Stunde den Staat mit über sieben Milliarden Euro entlasten könnte, während für die befürchteten negativen Beschäftigungseffekte kaum empirische Belege zu finden seien. Zahlreiche Grafiken in diesem Reader erleichtern die Rezeption der statistischen Daten zu Zusammenhängen zwischen dem Einkommen und dafür relevanten Faktoren wie Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Bundesland, Arbeitszeit, Position und Qualifikation. Bestellschrift: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228/883-92 05, Internet: www.fes.de/wiso

Sanktionen trotz Freiwilligkeit. Verweigert ein Empfänger von Leistungen nach dem Zweiten oder Dritten Sozialgesetzbuch ohne „wichtigen Grund“ eine ärztliche oder psychologische Untersuchung, drohen ihm Sperrzeiten oder Sanktionen. Das stellte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke klar. Allein das Nichteinverständnis mit einer solchen Untersuchung sei kein wichtiger Grund, zu einem Beratungsgespräch nicht zu erscheinen. „Der Umstand der Freiwilligkeit bedeutet hier nicht den Schutz vor Sanktionen oder Sperrzeiten“, heißt es in dem Schreiben. Die

Abgeordneten hatten in ihrer Anfrage moniert, dass man nicht von Freiwilligkeit der Teilnahme an ärztlichen Untersuchungen sprechen könne, wenn bei Verweigerung gleichzeitig Sanktionen drohen. Quelle: *Heute im Bundestag vom 16.1.2012*

GESUNDHEIT

Meldepflicht für Mumps, Windpocken und Röteln. Deutschland wird die Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) neu regeln. Der dazu von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf wurde in geänderter Fassung im Gesundheitssausschuss mit den Stimmen der Koalitions- bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen beschlossen. Die neuen Durchführungsverordnungen beziehen sich unter anderem auf die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen Deutschlands, etwa im Meldewesen und bei der Schaffung von Kapazitäten für den öffentlichen Gesundheitsschutz in Flughäfen und Häfen. Der Gesetzentwurf bezieht sich sowohl auf übertragbare Krankheiten als auch auf Gesundheitsgefahren, bei denen beispielsweise chemische oder radionukleare Substanzen ursächlich sind. Zu den beschlossenen Änderungen des Gesetzentwurfs gehört, dass Schutzimpfungen gegen Gelbfieber künftig nur von Ärzten und Ärztinnen vorgenommen werden dürfen, die die erforderliche fachliche Qualifikation besitzen und über geeignete Räumlichkeiten und Einrichtungen für die Lagerung des Impfstoffs sowie für die Durchführung der Impfung verfügen. Ferner sollen auch zu den Krankheiten Mumps, Windpocken und Keuchhusten neue Arzt- und Labormeldepflichten eingeführt werden. Die IGV sind laut Regierung das zentrale Rechtsinstrument im Zuständigkeitsbereich der Weltgesundheitsorganisation, um eine grenzüberschreitende Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Quelle: *Heute im Bundestag vom 8.2.2012*

Frauenportal der AIDS-Hilfe. Speziell auf Frauen zugeschnittene Informationen bietet eine neue Website der Deutschen AIDS-Hilfe. Auf ihr werden Themen wie der Kinderwunsch HIV-positiver Frauen, Wechselwirkungen von Medikamenten gegen den Immunschwächevirus mit hormonellen Verhütungsmitteln bis zum Schutz von Prostituierten vor Infektionen behandelt. Im Downloadbereich können Broschüren heruntergeladen, aber auch per Post bestellt werden. Das Portal ist unter der URL www.frauenundhiv.de erreichbar. Quelle: *Gesundheit und Gesellschaft 1/2012*

Pflegestudie veröffentlicht. Die Barmer Ersatzkasse hat ihren Pflegereport vorgestellt, aus dem hervorgeht, dass die Zahl der Pflegebedürftigen zwischen 1999 und 2009 um 16 % auf 2,34 Mio. Menschen in Deutschland angestiegen ist. Im Jahr 2009 gab es erstmals seit Längerem eine Abnahme der Zahl vollstationär pflegebedürftiger Menschen, wohingegen der Anteil der ambulant versorgten Pflegebedürftigen zwischen 2007 und 2009

um 10 % anstieg. Auch wurde ermittelt, dass immer mehr Menschen nicht mehr zu Hause, sondern in einem Krankenhaus oder einem Pflegeheim sterben. Ihr Anteil stieg von 65 % im Jahr 2000 auf 70 % im Jahr 2009. Der Report ist im Internet unter der URL www.barmergek.de/presse abrufbar. Quelle: *DEVAP Impuls 4/2011*

Neue Broschüre zum Alltag mit Demenzkranken.

„Miteinander aktiv“, die neue Broschüre der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, gibt Anregungen für die Alltagsgestaltung für Menschen mit Demenz, die zu Hause leben und von Angehörigen betreut werden. Das sind zwei Drittel der etwa 1,2 Mio. Demenzkranken in Deutschland. Deren Angehörige haben häufig Schwierigkeiten, die gemeinsamen Aktivitäten den veränderten Fähigkeiten anzupassen, und so können Langeweile und Apathie oder auch Unzufriedenheit und Unruhe auftreten. Hier helfen Impulse von außen, die Körper und Geist anregen, die vorhandenen Fähigkeiten erhalten und Spaß machen. Hierzu gibt die Broschüre vielfältige Anregungen. Sie kann für vier Euro bei der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V., Selbsthilfe Demenz, Friedrichstraße 236, in 10969 Berlin oder per E-Mail unter info@deutsche-alzheimer.de bestellt werden. Quelle: *Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 25.1.2012*

Patientenrechtsgesetz: Gesetzliche Regelung der Kostenerstattung fehlt. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) fordert anlässlich der Vorlage des Referentenentwurfs zum Patientenrechtsgesetz, dass die Krankenkassen nicht nur verpflichtet werden, innerhalb von drei Wochen Anträge zu bearbeiten, sondern auch einen Leistungserbringer zu benennen, der eine Behandlung durchführen kann. Nach Ablauf dieser Frist sollten Versicherte das Recht haben, sich eine erforderliche Leistung selbst zu beschaffen und die entstandenen Kosten von der Krankenversicherung erstatten zu lassen. Nach den Erfahrungen der BPTK würden Anträge auf Kostenerstattung von den Krankenkassen immer häufiger mit bürokratischen Anforderungen versehen, langsamer bearbeitet oder grundsätzlich erst einmal abgelehnt. Derzeit gebe es zwar einen Anspruch auf Kostenerstattung, das Verfahren sei aber nicht gesetzlich geregelt. Es bleibe daher den Krankenkassen überlassen, wie sie die Anträge bearbeiten. Damit bleibe die Kostenerstattung immer eine Einzelfallentscheidung der jeweiligen Krankenkasse. Im Mitgliederbereich können unter der URL www.deutschepsychotherapeutenvereinigung.de DPtV-Mitglieder Formulare und Mustertexte zu jedem Antragschritt sowie einen Informationsflyer für die Patienten herunterladen. Quelle: *medhochzwei vom 26.1.2012*

Verwaltungskosten im Gesundheitssystem. Die Unternehmensberatung A.T. Kearney hat die Verwaltungskosten des Gesundheitssystems untersucht und festgestellt, dass dessen Bürokratie weitaus teurer ist als bisher angenommen. 68 % aller Verwaltungsausga-

ben – dies sind 27,5 Mrd. Euro – werden von den Verwaltungen der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) verursacht, dies entspricht einem Anteil von 15,6 % ihres Gesamtetats. Hieraus ergeben sich Einsparpotenziale, obwohl der in der Studie angestrengte Vergleich mit den Verwaltungskosten in der Industrie nur bedingt auf das Gesundheitswesen anwendbar ist. Die Ergebnisse der Studie sind im Internet unter der URL http://www.atearney.de/content/presse/pressemittelungen_practices_detail.php/practice/pharma/id/51550/global/1 abrufbar. Quelle: *Ersatzkasse Magazin 1-2/2012*

JUGEND UND FAMILIE

Online-Shop Frühe Kindheit. Die Deutsche Liga für das Kind hat im Januar ihren neuen Online-Shop www.fruehe-kindheit-online.de freigeschaltet. Eltern, Fachkräfte und andere Interessierte finden hier Filme, Broschüren und Faltblätter. Ein Newsletter informiert über Neuerscheinungen. Für die Mitglieder der Deutschen Liga sowie für Abonnentinnen und Abonnenten stehen ab der Ausgabe 1/2012 sämtliche Hauptartikel der Zeitschrift Frühe Kindheit kostenlos zum Download bereit. Quelle: *Pressemitteilung der Deutschen Liga für das Kind vom 25.1.2012*

Inobhutnahme und Kinderschutz. Ergebnisse einer bundesweiten Studie. Von Maud Zitelmann. Hrsg. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) e.V. Eigenverlag. Frankfurt am Main 2010, 84 S., EUR 8,-*DZI-E-0042*

In der Reihe „Erziehungshilfe-Dokumentationen“ publiziert die IGfH Studien und Tagungsberichte. Basierend auf einer im Jahr 2005 durchgeführten postalischen Befragung von mehr als 200 Heimen befasst sich dieser Band mit den Bedingungen der Inobhutnahme, wobei neben der Betreuungssituation der untergebrachten Kinder und Jugendlichen vor allem die Trägerstruktur, die Finanzierung und das Aufgabenspektrum der jeweiligen Einrichtungen in den Blick genommen werden. Weitere Schwerpunkte sind die Belegung der Heime, deren Kooperation mit dem Jugendamt und der Justiz, die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals, der Kinderschutz sowie Konzepte zur Vorbereitung einer dauerhaften Unterbringung. Die der Studie zugrunde liegenden Fragebögen sind im Anhang einsehbar. Bestellanschrift: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V., Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-0, E-Mail: igfh@igfh.de

Literaturdatenbank zu Themen von Kindesmisshandlung. Das Informationszentrum Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung (IzKK) im Deutschen Jugendinstitut (DJI) hat eine neue Software für Online-Recherchen in seiner Literaturdatenbank entwickelt. Ab sofort steht die neue Benutzeroberfläche mit komfortablen Navigationsmöglichkeiten und erweiterten Suchas-

19.-20.4.2012 Mainz. Fachtagung: Bürgerschaftliches Engagement in Kindertagesstätten. Information: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Katrin Gewecke, Tagungsbüro, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-105, E-Mail: [tagungsbuero@b-b-e.de](mailto>tagungsbuero@b-b-e.de)

21.4.2012 Berlin. Fachtagung zur Jugendhilfe. Information: Deutsche Gesellschaft für Systemische Soziale Arbeit e.V., c/o Ostkreuz, Sonntagstraße 1, 10245 Berlin, E-Mail: jan.pramschuefer@fh-potsdam.de

23.4.2012 Essen. 21. Tag des Kindeswohls. Information: Stiftung zum Wohl des Pflegekindes, Lupinenweg 33, 37603 Holzminden, Tel.: 05 531/51 055, E-Mail: Stiftung-Pflegekind@gmx.de

26.-27.4.2012 San Diego/USA. Konferenz: Human Services in Transition: Sustaining Impact in a Changed Economy. Information: Jacobs Center for Neighborhood Innovation, Joe & Vi Jacobs Center, 404 Euclid Ave., San Diego, CA 92114, USA, Tel.: 001/619/527 61 61, E-Mail: jacobsinfo@jacobscenter.org

27.-28.4.2012 Waiblingen. Jahrestagung 2012: Selbstständig als Heilpädagogin/Heilpädagoge. Information: Kai-Raphael Timpe, BHP GmbH, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: kai.timpe@bhponline.de

7.-8.5.2012 Leipzig. Fachkongress: Wenn es zu Hause nicht mehr geht. Traumatisierte Kinder in Pflegefamilien. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutzzentren e.V., Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 975-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

8.-10.5.2012 Hannover. 79. Deutscher Fürsorgetag: Ohne Bildung keine Teilhabe. Von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-616, E-Mail: info@deutscher-fuersorgetag.de

9.-11.5.2012 Saarbrücken. 42. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung. Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin

10.-12.5.2012 Heidelberg. 2. Berufskongress Soziale Arbeit: Die Experten für das Soziale sind wir. Information: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Friedrich-Ebert-Straße 30, 45127 Essen, Tel.: 02 01/820 78-0, E-Mail: info@dbsh.de

pekten zur Verfügung. Recherchiert werden kann nach verschiedensten bibliographischen Suchkriterien oder unter inhaltlichen Gesichtspunkten. Der Web-OPAC steht auch englischsprachig bereit. Eine ausführliche Anleitung zur Nutzung der Datenbank findet sich unterhalb der Suchmaske. Die Literaturdatenbank umfasst zirka 18 000 Literaturnachweise deutsch- und englischsprachiger Fachliteratur zum Themenbereich „Gewalt gegen Kinder“ und wird fortlaufend aktualisiert und bedarfsoorientiert erweitert. Das IzKK ist eine bundesweite interdisziplinäre Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle zur Unterstützung der primären, sekundären und tertiären Prävention von Kindesmisshandlung und Kindesver- nachlässigung. Als Schnittstelle von Forschung, Praxis und Politik fördert es die produktive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachbereichen. Die Literaturdatenbank ist im Internet unter der URL www.dji.de/izkk/literatur.htm erreichbar. Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Jugendinstituts vom 8.2.2012

Pilotprojekt zur Traumapädagogik. Das Christliche Jugenddorfwerk (CJD) Deutschland startet im Februar ein bundesweites Pilotprojekt zur Traumapädagogik. Herkömmliche pädagogische Konzepte greifen bei traumatisierten Kindern und Jugendlichen oft zu kurz. Im Projekt sollen maßgeschneiderte Hilfen dazu beitragen, das pädagogische Handeln auf die speziellen Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten auszurichten. Biographiearbeit, Gespräche, Anleitungen und Übungen zur Selbstakzeptanz und Selbstkontrolle sowie zur Sinnes- und Körperwahrnehmung kommen dabei zum Einsatz und die Eltern werden in den Hilfeprozess eingebunden. Sofern es möglich ist, wird langfristig eine Rückführung in das Elternhaus angestrebt. Bundesweit nehmen zehn Einrichtungen an diesem Pilotprojekt teil, sieben Einrichtungen des CJD sowie drei Einrichtungen externer Träger. Die Gruppen werden von Fachkräften der Traumapädagogik und Psychologie beraten und geschult. Das Projekt ist auf zwei Jahre ausgerichtet und wird von der Universitätsklinik Ulm wissenschaftlich begleitet. Weitere Informationen sind im Internet unter www.cjd.de abrufbar. Quelle: Pressemitteilung des Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. vom 6.2.2012

Diskurs Service Learning. Unterricht und Bürgerengagement verbinden. Hrsg. Aktive Bürgerschaft e.V. und sozialgenial – Schüler engagieren sich. Eigenverlag. Berlin 2011, 184 S., EUR 10,– *DZI-E-0082*

Das in den USA entstandene und seit September 2009 im Rahmen der Initiative „sozialgenial – Schüler engagieren sich“ in Nordrhein-Westfalen realisierte Bildungskonzept des Service Learning ermöglicht Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen die freiwillige Teilnahme an sozialen, kulturellen oder ökologischen Projekten und bietet damit Unterstützung bei der Berufsorientierung sowie eine Grundlage für die Entwicklung sozialer Kompetenzen. Diese Broschüre eröffnet in

über 20 Beiträgen von Fachkräften verschiedener Disziplinen theoretisches Hintergrundwissen sowie empirische Daten zu diesem neuen Ansatz und vermittelt anhand konkreter Beispiele Einblick in praktische Erfahrungen und daraus resultierende Erkenntnisse. Bestellanschrift: Aktive Bürgerschaft e.V., Reinhardtstraße 25, 10117 Berlin, Tel.: 030/240 00 88-0, E-Mail: info@aktive-buerger-schaft.de

Pflegekurse für Angehörige. In der Pflegeakademie im Geriatriezentrum Naumburg an der Donau bietet der Sozialverband VdK Pflegekurse für pflegende Angehörige an, die auf die Anforderungen der häuslichen Pflege ausgerichtet sind. Während der Kurstage werden die Pflegebedürftigen im Geriatriezentrum versorgt. Informationen sind unter der Telefonnummer 01 51/14 14 92 96 oder im Internet unter der URL <http://www.klinikum-burgenlandkreis.de/index.php?id=326> erhältlich. Quelle: Vdk-Zeitung 2/2012

AUSBILDUNG UND BERUF

Feldstudie zur Ökonomie der Sozialen Arbeit. In den vergangenen Jahren wurde häufig kritisiert, dass neoliberalen Ideen die fachliche Steuerung der Sozialen Arbeit überlagern. Die Katholische Hochschule Aachen führt jetzt eine umfangreiche Untersuchung zum Verhältnis von Anbietern und administrativen Kostenträgern durch und sucht hierfür Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Online-Befragung. Der Fragebogen steht im Internet unter der URL www.fachliche-steuerung-sozialer-Arbeit.de zum Ausfüllen bereit. Quelle: Caritas in NRW 1/2012

Web 2.0-Angebote zu sozialen Berufen. Der Diakonie Bundesverband hat eine Online-Kampagne gegen den drohenden Nachwuchsmangel in der Sozial- und Gesundheitsbranche begonnen. Per Facebook, Blog und Twitter informiert die Diakonie junge Menschen über soziale und pflegerische Ausbildungen, Studiengänge und Berufe. Ziel ist es, junge Menschen für soziale und pflegerische Berufe in der Diakonie zu gewinnen und dadurch langfristig den Nachwuchs zu sichern. Unter www.sozi-ale-berufe.com sind Ausbildungsvideos, Berufsfindungs-Selbsttests, eine Stellenbörse sowie Hintergrundtexte zu Themen wie dem demographischen Wandel oder Männer in sozialen Berufen abrufbar. Das Projekt wird durch das Programm „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ des Europäischen Sozialfonds gefördert. Quelle: DIE ZEIT vom 12.1.2010

Mehr Jobs bei Non-Profit-Institutionen. Es gibt wieder deutlich mehr offene Stellen bei deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Non-Profit-Institutionen, hat der Wissenschaftsladen Bonn ermittelt. Von 2006 bis 2010 ist demnach die Zahl der Stellenangebote um 66 % gestiegen. Insgesamt wurden in

den vergangenen fünf Jahren knapp 22 600 Stellen von NGOs und Non-Profit-Institutionen vor allem für Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ausgeschrieben. Die Untersuchung ist im Internet unter der URL www.wilabonn.de/650_3697.htm?h606 abrufbar. Quelle: Newsletter des BBE vom 31.1.2012

Heilpädagoginnen und Heilpädagogen heute in Deutschland. Kommentierte Ergebnisse einer Berufsfeld- und Berufsqualifikationsanalyse. Hrsg. BHP-Verlag – Berufs- und Fachverband. Berlin 2011, 98 S., EUR 12,– zzgl. Versandkosten *DZI-E-0107*

Soziale Arbeit ist ein Mehr-Wert in der Gesellschaft und leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Teilhabe von Menschen, die einer Unterstützung, Förderung oder Assistenz bedürfen, weil individuelle Beeinträchtigungen oder behindernde gesellschaftliche Barrieren einen solchen Bedarf begründen. Der Berufs- und Fachverband Heilpädagogik (BHP) initiiert in jeder Dekade eine Bestandsaufnahme, aus der sich handlungsleitende Einsichten ergeben, die bei der Planung zukünftiger Aufgaben des BHP zu berücksichtigen sind. Die in diesem Band vorgelegte und im Jahr 2010 durchgeführte Berufsfeldanalyse stellt dem Verband eine Fülle von Daten zur Verfügung, die eine Fundgrube für die Ausbildung und Berufspraxis der Heilpädagogik darstellen. Bestellanschrift: BHP-Verlag, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhponline.de

Programm gegen Fachkräftemangel in der Pflege. Mit dem von der EU geförderten Projekt „Zukunft in der Pflege“ (ZUPF) will die Caritas in der Diözese Münster dem auch im ländlichen Raum immer spürbarer werdenden Fachkräftemangel begegnen. In der Diözese arbeiten rund 35 000 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Pflege in 200 Altenheimen, 65 kirchlichen Krankenhäusern und über 90 Sozialstationen. Die Landesberichterstattung Gesundheitsberufe NRW 2010 erwartet hohe Steigerungsraten bei den Pflegezahlen, besonders in den ländlichen Kreisen Coesfeld, Borken und Steinfurt, wo die Zahl der Pflegefälle in den nächsten Jahren zwischen 66 und 74 % ansteigen soll. In einem Weiterbildungskurs werden zunächst 22 Teilnehmende aus Altenheimen und Pflegediensten die für ihre Institution geeigneten Strategien und Konzepte wie Diversity-Management oder betriebliches Gesundheitsmanagement erlernen. Quelle: Pressemitteilung der Diözese Münster vom 31.1.2012

Pro Jahr wechseln drei Prozent der Beschäftigten ihr Berufsfeld. Dies geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Dabei kommen freiwillige Wechsel mit 54 % etwas häufiger vor als unfreiwillige Wechsel. Die Autorinnen der Studie haben die Zahlen für Deutschland mit denen für Großbritannien verglichen und festgestellt, dass in Großbritannien dreimal mehr Berufswechsel stattfinden

als in Deutschland. Die geringere Bedeutung von Berufszertifikaten führt in Großbritannien zu einer stärkeren Gewichtung von Arbeitsmarkterfahrung und erleichtert somit generell den Wechsel zwischen verschiedenen Tätigkeiten. Die IAB-Studie beruht auf repräsentativen Befragungsdaten. In Deutschland werden im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) jedes Jahr rund 11 000 Haushalte befragt. Die Ergebnisse für Großbritannien basieren auf dem British Household Panel Survey (BHPS) mit rund 5 500 britischen Haushalten. Die IAB-Studie ist im Internet unter der URL <http://doku.iab.de/kurzber/2012/kb0112.pdf> abrufbar. Quelle: Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit vom 8.2.2012

Online-Anzeigenmarkt. Der Berufs- und Fachverband Heilpädagogik (BHP) e.V. bietet seit einiger Zeit ein erweitertes Anzeigenangebot auf seiner Homepage an. So können neben Stellenanzeigen in diesem Rahmen auch gewerbliche sowie Anzeigen zu Weiterbildungen etc. geschaltet werden. Der Stellenmarkt stellt einen interessanten Informationspool für die Suche nach Fachpersonal dar. Weitere Informationen: www.bhponline.de. Quelle: Pressemitteilung des BHP vom 1.2.2012

Förderpreis Klinische Sozialarbeit. Das European Centre For Clinical Social Work (ECCSW) verleiht 2012 erstmals den mit einer Preissumme von 1 000 Euro dotierten Förderpreis für herausragende wissenschaftliche Beiträge im Bereich der Klinischen Sozialarbeit. Der Preis zielt vor allem auf die in Masterstudiengängen der Klinischen Sozialarbeit erstellten Qualifikationsarbeiten (Mastertheses). Die Forschungsarbeiten können sich auf alle Tätigkeitsfelder Klinischer Sozialarbeit, beziehen. Die Förderung umfasst neben dem Preisgeld die Publikation der wissenschaftlichen Arbeit in der Zeitschrift „Klinische Sozialarbeit – Zeitschrift für psychosoziale Praxis und Forschung“ beziehungsweise in der Buchreihe „Klinische Sozialarbeit – Beiträge zur psychosozialen Praxis und Forschung“. Die eingereichten Arbeiten müssen in Englisch oder Deutsch verfasst sein, sollen von einer europäischen Hochschule angenommen worden sein, können von einer Einzelautorin beziehungsweise einem Autor oder einer Gruppe erstellt worden sein und sollen von den beteiligten Hochschullehrenden vorgeschlagen werden. Weitere Informationen können im Internet unter der URL www.eccsw.eu abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung der ECCSW vom 17.2.2012